

Zum Tag der Deutschen Einheit:

Weiter „Aufbau Ost“ ohne rasche Angleichung

Karl Mai

Stand: 30.09.2008

Der Tag der deutschen Einheit wird in der Öffentlichkeit zumeist mit einer positiven Bilanz des „Aufbaus Ost“ begangen, die vor allem die partiellen Erfolge hervorhebt und den immer noch unzureichenden Stand der „Angleichung der ökonomischen Leistungskraft Ost an West“ der Zukunft überlässt. „Die Bundesregierung bekennt sich deshalb auch weiterhin uneingeschränkt zur Überwindung der teilungsbedingten Unterschiede und insgesamt zur Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West“, heißt es im „Jahresbericht zur Deutschen Einheit 2008“ (JB), (S. 8) Dieses „Bekanntnis“ fußt allerdings auf keiner tiefergehenden Analyse der Chancen und Vorbedingungen für die Fortsetzung der Angleichung und ist daher vergleichsweise eine Glaubenssache.

Ideologie kaschiert Ökonomie

Den Bürgern der früheren DDR wird in Erinnerung gerufen: „Sie haben einerseits ein vorher nicht gekanntes Maß an materiellem Wohlstand erreicht. Umwelt, Städte und Verkehrsinfrastrukturen konnten grundlegend modernisiert werden.“ (JB, S. 8) Noch bestehende Strukturdefizite Ost gegenüber West beruhen auf den Folgen der realsozialistischen Mißwirtschaft, deren Überwindung noch eine *Aufgabe von Jahrzehnten* sein wird. In dem jüngsten CDU-Papier zur Zukunft Ostdeutschland heißt es hierzu: „40 Jahre Diktatur, Unfreiheit und sozialistische Planwirtschaft haben katastrophale Erblasten materieller und immaterieller Art hinterlassen.“ (CDU-Vorstand, Beschluß vom 15.09.2008, Zeile 81-83) Damit wird allerdings total davon abgelenkt, dass die „gescheiterte“ Vereinigungspolitik (nach Prof. Sinn, ifo-München) auf das Konto der Regierung Kohl und der Treuhand-Ära zurückgeht: "Die ökonomische Wirklichkeit des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses liegt so weit von dem entfernt, was die verantwortlichen Politiker dem Volk in Aussicht gestellt hatten, dass man die wirtschaftliche Vereinigung der beiden Landesteile als gescheitert ansehen kann." ¹

Neuerdings werden statt der ökonomischen Defizite der NBL wieder deren ideologische Defizite vorrangig bekämpft. Der Zynismus des brutalen Finanzmarktkapitalismus begann viele ehemalige DDR-Bürger abzustoßen und sogar teilweise in die Wählerschaft der verketzerten Partei „Die Linke“ zu treiben, die zur Verteidigung der sozialen Solidarität aufruft. Die Reaktion darauf findet gegenwärtig in Form der stark angeheizten Kampagne gegen das „Vergessen der Schrecken der DDR-Diktatur“ seinen Ausdruck, in der nunmehr die politisch-rechtlich-moralischen Defizite der DDR-Zeit einer täglichen Kritik unterzogen werden. Unentwegt wird lauthals über den vormaligen Unrechtsstaat berichtet, ohne zu erklären, welcher Teil des damaligen Unrechts auf den „Kalten Krieg“ und die harte Systemkonfrontation zu verbuchen war. Vergleichsweise findet derartiges in keinem anderen früheren RGW-Staat in dieser Form statt, denn dort trübe es ja alle Bürger und nicht nur eine enttäuschte oder frustrierte deutsch-regionale Minderheit.

Der Vorhalt des früheren „Unrechtsstaates“ ist ein probates Mittel der psychologischen „Zufriedenstellung“ von jenen Bürgern, die auf die verheißene Freiheit lange gehofft hatten und nun – bereits zwanzig Jahre - unter den systemischen Mängeln und sozialen Differenzierungen der deutschen Marktwirtschaft leben.

¹ Sinn, Hans-Werner, „Ist Deutschland noch zu retten“, 1. Auflage 2003, S. 221

Zur Erblast der DDR

„Trotz hohen persönlichen Einsatzes der Menschen bewirkte das sozialistische System den wirtschaftlichen Niedergang der DDR.“ „Die DDR stand somit im Jahr 1989 kurz vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch.“ (CDU-Papier, Zeile 84-85, 119-120) Mit diesen schon zum Klischee gewordenen Legenden wird weiterhin „politisches Kapital“ geschlagen, obwohl diese Verzerrung der statistisch nachweisbaren Endlage der DDR längst widerlegt ist. Weder hatte die DDR negative, noch insgesamt rückständige BIP-Wachstumsraten gegenüber der BRD im letzten Jahrzehnt ihrer Existenz, und die Legende von der „total verschuldeten DDR“ ist überdies amtlich seit Jahren widerlegt.² „Die gesamtwirtschaftliche Produktion hat sich in der DDR von 1970 bis 1989 um 84 % erhöht, d. h. fast verdoppelt. Im Vergleich dazu stieg das Inlandprodukt in der BRD um 56 Prozent“, schreibt G. Heske in seiner grundlegenden Neuberechnung der DDR-Wirtschaftsleistung auf vergleichbarer Preisbasis (1995, Euro) aus dem Jahre 2005.³

Selbst der relative Anteil der Brutto-Investitionen war im letzten Jahrzehnt in der DDR nicht etwa wesentlich niedriger als in der BRD, wie man bei einem gerade zusammenbrechenden, maroden System vermuten sollte. Hierzu hat G. Heske vergleichbare Daten erbracht.⁴ (Tabelle 1 und 2) Nach Tabelle 1 wird eindeutig erkennbar, dass keine Krise der DDR-Investitionstätigkeit insgesamt gegeben war, was jedoch nicht unterschiedliche, auch erzwungene Branchenentwicklungen ausschließt.

Ebenso kann nach Tabelle 2 von einem fehlenden Ausgleich der Importe der DDR durch quantitativ unzureichende Exporte insgesamt nicht gesprochen werden.

Tabelle 1: Vergleich der Brutto-Investitionsquoten DDR und BRD 1980 bis 1989
(Preisbasis 1995, in Euro), in % der Inländischen Verwendung (=100)

	1980	1982	1984	1986	1988	1989
DDR	21,6	21,5	19,9	21,0	21,1	21,7
BRD	23,6	22,2	21,9	21,5	21,6	22,3

(Quelle: G. Heske, a.a.O., S. 232, 245)

Tabelle 2: Vergleich der Aussenbeiträge der DDR und der BRD 1980 bis 1989
(Preisbasis 1995, in Euro) in % des Brutto-Inlandprodukts

	1980	1982	1984	1986	1988	1989
DDR	-2,6	1,6	4,1	4,3	2,7	2,9
BRD	2,3	5,7	6,2	6,0	5,1	5,8

(G. Heske, a.a.O.)

Dies zeigt anschaulich, dass die Außenwirtschaft der DDR im letzten Jahrzehnt auch einen positiven Außenbeitrag realisieren konnte, der keineswegs eine „total marode“ Wirtschaft widerspiegelte, sondern von einer erheblichen Mobilisierung der Exportpotenzen zeugte. Ein innerer Niedergang der DDR-Wirtschaft spiegelt sich nicht in den vorstehenden, nunmehr vergleichbaren und aussagefähigen *makroökonomischen* Daten nach G. Heske.

² Siehe hierzu u. a. auch die ausführliche Analyse bei *Karl Mai*, „Rückblick auf die 80er Jahre der DDR-Wirtschaft“, Herausgeber Rosa-Luxemburg-Stiftung Leipzig, 2008, Diskurs Heft 29.

³ Gerhard Heske, „Gesamtrechnung Ostdeutschland“, Supplement Nr. 17 des Zentrums für historische Sozialforschung, 2005, S. 51

⁴ Gerhard Heske, a. a. O., S. 232, 245

Darüber hinaus gilt für die DDR-Periode, dass gravierende ökonomische Verluste infolge der immensen Reparationen nach Kriegsende, in der Zeit der offenen Grenze, aber auch aus dem langjährigen Kalten Krieges unter den Bedingungen scharfer *Systemkonkurrenz* - besonders also durch die *externen Faktoren* - entstanden, die den Erfolg der ökonomischen Leistungsfähigkeit enorm herabminderten. Die äusseren Faktoren der DDR-Wirtschaftsbeziehungen behielten dadurch bis zuletzt durchschlagende Wirkung, ergänzt um innere Hemmungen aus der „bürokratischen Planwirtschaft“. Diese gravierendsten ökonomischen Verluste umfassen z. B.:

1. Im Zeitraum 1945 bis 1953 die gewaltige Summe von 54 Mrd. Reichsmark (Preisbasis 1944) für Reparationen und Produktionsentnahmen in die Sowjetunion;
2. Im Zeitraum 1951 bis 1961 insgesamt 136,3 Mrd. Mark der DDR „Verluste an Produktionspotential durch die Offene Westgrenze und Verlust an Ausbildungskosten für Abwanderungen in die BRD“;
3. Im Zeitraum 1946 bis 1985 insgesamt 32,4 Mrd. Mark der DDR im Uranerzabbau als lfd. Kosten für Abbau zum Export in die Sowjetunion.
1. Die stark überdurchschnittlichen Ausrüstungs- und Bauinvestitionen in den Wirtschaftszweig „Bergbau und Energiewirtschaft“ auf vorwiegend *Braunkohlenbasis*, die laufend anstiegen und 1988 einen Höchststand von 17,1 % sämtlicher Anlageninvestitionen in der DDR erreichten.⁵

Nach Berechnungen des westdeutschen Prof. Peters (1990) entstanden durch die unterlassenen „Reparationsausgleichspflichten West an Ost“ berechnete Forderungen der DDR an die BRD in Höhe von 727,1 Mrd. DM in Hochrechnung bis 1990.

In folgedessen musste die DDR-Wirtschaft bis 1989 hinnehmen, dass ihre weitere Produktivitätsentwicklung den bereits 1950 vorhandenen Rückstand von ca. 60 % gegenüber Westdeutschland in der Folgezeit nicht vollständig ausgleichen konnte, sondern nach den neueren Berechnungen von G. Heske (2005) noch ein *Rückstand* in der Produktivität von 44 % je Einwohner blieb.⁶

Das bedeutet aber andererseits auch: es war der DDR-Wirtschaft trotz ihrer Hemmfaktoren immerhin gelungen, *den bedeutenden Produktivitätsprung der BRD nach dem Kriegsende vergleichsweise mitzuhalten und den relativen Abstand Ost-West noch weiter zu verringern.*

Die Netto-Westverschuldung 1989 war mit amtlichen -19,9 Mrd. VM zwar belastend und kritisch, aber nicht so hoch, dass ein Staatsbankrott unmittelbar vor der Tür stand. Die Forschung hatte längst festgestellt: „Es dürfte aber trotzdem klar sein, dass nicht die Devisenverschuldung und ihre Folgen die Hauptursache für den desolaten Zustand der DDR-Wirtschaft am Ende der 80er Jahre waren. Auch wenn es die Verschuldung nicht gegeben hätte, die Wirtschaft der DDR wär aus anderen Gründen, vor allem wegen des Verfalls der Sowjetunion und des RGW, ohne eine erfolgreiche Perspektive gewesen.“⁷ Diese letztere Interpretation dürfte für das wirtschaftliche Überleben einer separaten DDR-Ökonomie entscheidend sein.

Die CDU kann auch 2008 noch nicht darauf verzichten, die Zeugenschaft des „Schürer-Papiers“ von 1989 für die Schwierigkeiten der DDR auszuschlachten. Inzwischen ist aber das dort entworfene Krisenszenario hinsichtlich der Devisenlage zu relativieren. Schürer selbst hatte längst 1996 dazu klargestellt: „Die Auslandsverschuldung der DDR war also mit 20,3 Mrd. DM um mehr als die Hälfte niedriger, als wir es im Oktober 1989 mit den 49 Milliarden Valutamark [...]

⁵ Zu den Anlageninvestitionen siehe: „Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte“ 1997/2, S. 64; weitere Nachweise und Erläuterungen hierzu finden sich in der Zeitschrift „Sozialismus“ Heft 9/2008, S. 48 ff.

⁶ Gerhard Heske, „Gesamtrechnung Ostdeutschland“, Supplement Nr. 17 des Zentrums für historische Sozialforschung, S. 67

⁷ Armin Volze, „Zur Devisenverschuldung der DDR“, in: „Das Ende der DDR-Wirtschaft“, 1999, S. 170

ausweisen mussten.“⁸ Es ist an der Zeit, die korrekten Ergebnisse der späteren Zeitforschung zur Devisenlage der DDR auch in der Öffentlichkeit stärker zu nutzen, die mit -19,9 Mrd. VM amtlich von der Bundesbank veröffentlicht wurden.⁹

Der erreichte Stand der Ost-West-Angleichung

Bekanntlich konnten die Neuen Bundesländer ihre ökonomische Entwicklung nach 1989 nicht fortsetzen, sondern mussten zunächst eine tiefe Transformationskrise bis etwa 1995 durchlaufen, die in nachstehender Tabelle 3 als Rückschlag von 1991 gegenüber 1989 zum Ausdruck kommt. Inzwischen wurde bis 2007 folgender Angleichungsstand bei wichtigen Kriterien erreicht:

Tabelle 3: Vergleich neue Bundesländer - alte Bundesländer 1989 – 2007

Kriterium	1989	1991	1995	2006	2007
Neue Bundesländer im Vergleich zu alte Bundesländer = 100					
BIP je Einwohner	54,9	33,3	60,4	66,6	67,2
Investitionen in Ausrüstungen u. sonst.					
Anlagen je Einwohner		57,5	98,8	55,2 *	-
Kapitalstock je Einwohner		34,8	48,0	70,7 *	-
Kapitalstock je Erwerbstätigen		36,5	52,6	81,4 *	-
Arbeitsproduktivität (BIP je Erwerbstätigen)	44,2	34,9	66,2	76,2	76,4
Bruttolohn je abhängig Beschäftigten		51,0	74,4	77,3	77,3
Privater Konsum je Einwohner, nomin.				78,6	78,2
Arbeitslosenquote in Prozent der inländischen Erwerbspersonen:					
Ostdeutschland (ohne Berlin)				16,4	14,4
Westdeutschland (mit Berlin)				9,1	7,6

(Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Heske, ebenda.

* Zahlen für 2005. Spätere Angaben zu Investitionen Ost *liegen noch nicht vor.*)

Entgegen den hochgeschraubten Erwartungen der anfänglichen Transformationsperiode blieb die Angleichung der BIP-Leistung ab 1995 stockend bzw. unzureichend gering, so dass es derzeit weitgehend zweifelhaft erscheint, ob sie deutlich höher als über den Stand von ca. 2/3 erreichen kann.

Der Aufholprozess setzt rein logisch bereits voraus, dass für eine längere Periode die BIP-Wachstumsraten Ost diejenigen von West *nachhaltig überflügeln*, also deutlich höher ausfallen – eine Vorbedingung für die weitere absolute Angleichung der BIP-Leistungen je Einwohner, wenn man von der rückläufigen Wohnbevölkerung Ost abstrahiert. Bezieht man die demographische Rückentwicklung der Wohnbevölkerung Ost mit ein, zu kann sich in Zukunft ein deutlich fortschreitender Prozess des Anteils der „passiven Sanierung“ für die NBL in Aussicht stellen.¹⁰ Die Verlangsamung des Wachstums der NBL kommt längst und auch gegenwärtig in rückläufigen Investitionen zum Ausdruck, die nach 2005 (!) immer noch nicht offiziell statistisch bekanntgegeben wurden. Damit wird die bis 2005 erkennbare rückläufige Investitionsentwicklung in den NBL zunächst nicht weiter sichtbar.

Nach volkswirtschaftlichen Einsichten dürfte sich bei einem rückläufigen oder zurückbleibendem Investitionsvolumen in Ostdeutschland kein weiterer Angleichungsprozess einstellen.

⁸ Gerhard Schürer, „Das Ende der DDR Wirtschaft“, in: „Ansichten zur Geschichte der DDR“ Bd. VI, 1996, S. 393

⁹ Bundesbank, „Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1889“, Sonderveröffentlichung August 1999, S. 60

¹⁰ „Passive Sanierung“ = Produktivitätssteigerung durch rückläufige Einwohnerzahl bzw. Erwerbstätigenzahl statt durch innovative Investitionen in die Wertschöpfungsbereiche.

Zum Arbeitsmarkt

In einer Kurzanalyse zu Ostdeutschland heisst es: „Zwischen Juni 2005 und Juni 2007 stieg die Beschäftigung in Ostdeutschland um 170.000 Personen, wovon allerdings lediglich 70 Prozent auf sozialversicherungspflichtige Stellen entfielen, knapp ein Drittel bildeten prekäre bzw. 'nicht standardisierte' Arbeitsverhältnisse. Insgesamt entfielen von den neu geschaffenen Arbeitsplätzen ein Drittel auf Vollzeit und zwei Drittel auf Teilzeitstellen.“¹¹

In Ostdeutschland erreichte im Jahre 2007 die Zahl der Personen je 1.000 Erwerbsfähige im Verhältnis zu Westdeutschland (=100) bei den „Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten“ nur den Stand von 91 % und bei der Zahl der „Erwerbstätigen (Inland)“ nur 86 %.¹²

Auf Ostdeutschland entfielen 26,3 % der gesamtdeutschen Unterbeschäftigten bei 13,6 % der gesamtdeutschen Erwerbstätigen (Inländer).¹³

Ostdeutsche Bundesländer stehen an der Spitze der Arbeitslosenquoten im September 2008: Berlin mit 13,9 %, Sachsen-Anhalt 12,8 %, Mecklenburg-Vorpommern 12,7 %, Brandenburg 12,1 % Sachsen 11,9 % und Thüringen 10,2 %; dagegen Baden-Württemberg mit 4,0 % und Bayern mit 3,9 % am Ende.

Nach der bisher fast 20-jährigen Vereinigungsperiode, die damit die Hälfte der Zeit der DDR-Geschichte umfasst, ist - trotz massiver Abwanderung - die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland immer noch doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Der Arbeitsmarkt bildet allein dadurch jenen Schwerpunkt, der für die Bewertung der Lebensverhältnisse im Ost-West-Vergleich dominierend erscheinen muss.

Zur ostdeutschen Innovationsdichte

Die Bundesregierung betont nachdrücklich die Bedeutung zunehmender Innovationen für den „Aufbau Ost“.

Mit Produktinnovationen waren 2005 bis 2006 folgende Anteile von Unternehmen vertreten: in den NBL 14 % und in Westdeutschland 13 %. Bei den Prozessinnovationen jedoch waren es in den NBL 19 %, dagegen in Westdeutschland 26 % (gemäss IAB-Betriebspanel).¹⁴ Dieser Sachverhalt verleitete die „Mitteldeutsche Zeitung“ am 23.09.08 zu der Schlagzeile „Osten hält beim Fortschritt mit“ - sicherlich in optimistischer Sichtweise.

Die ostdeutsche kleinbetriebliche Industriestruktur leidet immer noch an einer brancheninternen Innovationsschwäche. Nach einer aktuellen empirischen Modellanalyse des IWH kann von einer besonderen Innovationsstärke „ostdeutscher Branchenschwerpunkte“ nicht gesprochen werden. „Statt dessen wurde sogar ein hemmender Einfluss ... auf die Patentaktivitäten und somit auf die Innovationskraft der Unternehmen nachgewiesen. Demnach gehen von einer räumlichen Ballung negative Effekte auf die Innovativität der ansässigen Akteure aus.“¹⁵ Schlussfolgernd heisst es dann, dass „keine empirische Evidenz für die Vorteilhaftigkeit von regionaler sektoraler Konzentration in Bezug auf die Innovationstätigkeit“ nachgewiesen werden konnte.

Diese überraschende Erkenntnisse „könnten zudem auf die fehlenden FuE-Abteilungen ansässiger Großunternehmen zurückzuführen sein.“ Diese Einsicht sollte man auch ohne aufwendige

11 Reinhold Kowalski, „Osten, auf verlorenem Posten“, in: „Blätter für deutsche und internationale Politik“, 9/2008, S. 110/111)

12 WSI-Mitteilungen 9/2008, S. 489 Tabelle 7

13 WSI-Mitteilungen a. a. O., S. 487 Tabelle 3

14 IWH-Mitteilungen „Wirtschafts im Wandel“, 9/2008, S. 347

15 IWH-Mitteilungen „Wirtschaft im Wandel“ 9/2008, S. 360, 362

Modellrechnungen rein logisch erreichen können – auf diesen Punkt wird seitens alternativer Ökonomen längst mit Nachdruck hingewiesen.

Die Bundesregierung bestätigte hierzu: „In den neuen Ländern kann die vergleichsweise hohe Innovationsbereitschaft des ostdeutschen Mittelstands nur zum Teil das Fehlen von Großunternehmen und ihrer Zentralen kompensieren.“ (JB 2008, S. 57)

Der Ausweg wird daher im Rahmen der *ausserbetrieblichen* Industrieforschung Ost gesucht, die weiterhin in besonderer Weise durch staatliche Fördermittel unterstützt werden muss. Der „Jahresbericht 2008“ unterstreicht die Wichtigkeit der Innovationsförderung nachdrücklich.

Eine zeitliche Perspektive der Angleichung

Die Bundesregierung vermeidet im „Jahresbericht 2008“ wiederum die klare Aussage, unter welchen qualitativen und quantitativen Kriterien bzw. Voraussetzungen der hinreichende „Angleichungsprozess des Lebensverhältnisse Ost- an Westdeutschland“ erreicht wird und blendet hierzu sogar die Schlüsselrolle der Investitionen im industriellen Wertschöpfungsbereich Ost aus. Einsehbar ist jedoch, dass hierfür eine höhere, überflügelnde Wachstumsrate der ostdeutschen Produktivität im Vergleich zur westdeutschen *längerzeitig und nachhaltig erforderlich* wäre, worüber die Bundesregierung ausweichend hinweggeht. Statt dessen wird in zahlreichen Details der *ständige* Fortschritt des „Aufbaus Ost“ beschworen, nach der Devise „Der Weg ist das Ziel“.

Lediglich zum zeitlichen Aspekt enthält der „Jahresbericht 2008“ folgende Aussage:

„Gerade beim Faktor Zeit herrschten anfangs Illusionen in Deutschland. Im Verlauf des Aufbau Ost wurde immer deutlicher, dass diese Aufgabe mindestens drei Jahrzehnte benötigt.“ (JB 2008, S. 27)

Diese drei Jahrzehnte enden im Jahre 2020 mit dem Solidaripakt II, der ab 2010 und bis zum Schluss nur noch degressiv ständig reduzierte Transfers (bis auf Null) bereitstellt.

Die Bundesregierung suggeriert im „Jahresbericht 2008“, dass zu diesem Zeitpunkt im Jahre 2020 der privilegierte Bundestransfer in die regionale Ostförderung ein Ende finden wird – das Ziel wäre dann erreicht.

Die Bundesregierung richtet ihren Blick inzwischen auf die gesamtdeutsche Perspektive wie folgt:

„Ziel der Wirtschaftsförderung des Bundes in den neuen Ländern ist es daher, eine starke und *sich selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung* zu erreichen. Dazu gehört auch, dass in Ostdeutschland mehr starke Unternehmen und Branchen entstehen, die in der Lage sind, positive Beiträge für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands zu leisten. Der Aufbau Ost darf nicht nur als Hilfe für Ostdeutschland verstanden werden, sondern auch als ein Beitrag für die Modernisierung unseres Landes insgesamt und für ein größeres Gewicht Deutschlands im internationalen Zusammenhang.“ (JB, S. 2)(Hervorhebung durch K.M.)

Dieser „Beitrag für die Modernisierung unseres Landes“ soll von einer Region geleistet werden, die sich *trotz rückläufiger Wohnbevölkerung* annähernd im *Gleichschritt* mit den anderen Landesteilen entwickeln soll, was die deutsche Bundesregierung zukünftig anstrebt. Gelingt dies nicht, ist ein weiteres Auseinanderklaffen von Ost und West in der Bundesrepublik unabwendbar.